

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Ausländerarbeitslosigkeit -
Bundesbank - Welthandel - USA - VR China**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1983) : Kurz kommentiert: Ausländerarbeitslosigkeit - Bundesbank - Welthandel - USA - VR China, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 7, pp. 317-318

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135815>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ausländerarbeitslosigkeit

Rückkehrhilfen keine Lösung

Nach langer Diskussion will die Bundesregierung jetzt Ausländer mit finanziellen Anreizen zur Rückkehr in ihre Heimatländer bewegen. Aus Finanzierungsgründen sind die Zahlungen an enge Bedingungen geknüpft. Ausländer aus Nicht-EG-Ländern, die erst künftig durch Konkurs oder Betriebsstillegung arbeitslos werden, erhalten befristet Prämien, wenn sie mit ihren Familien zurückkehren. Die Starthilfen sind allerdings geringer als das Arbeitslosen- und Kindergeld, das in der Bundesrepublik gezahlt würde. Alle Türken und Portugiesen können sich außerdem schon bei der Ausreise ihre Rentenbeträge erstatten lassen.

Damit sollen schätzungsweise 100 000 bis 150 000 Ausländer zur Heimkehr angeregt werden. Ob diese Zahl mit der „kleinen Lösung“, auf die sich der Arbeits- und der Finanzminister geeinigt haben, erreicht wird, ist allerdings fraglich. Die Anreize scheinen dafür zu gering, vor allem angesichts der im Vergleich zur Bundesrepublik ungünstigeren Wirtschaftslage und -aussichten in den Heimatländern. Und selbst wenn die geschätzten Zahlen erreicht werden, so bedeutet das für den Arbeitsmarkt nur wenig. Die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose) wird dann nur um rund 5 % zurückgehen.

Völlig unberührt von den Maßnahmen bleiben die schwerwiegenden qualitativen Probleme der Ausländer auf dem Arbeitsmarkt. Vor allem haben „Späteinsteiger“, ausländische Jugendliche, die in den letzten Jahren in großer Zahl im Rahmen der Familienzusammenführung eingewandert sind, meist erhebliche Probleme bei der beruflichen Eingliederung. Wenn hier nichts geschieht, werden sie künftig den „harten Kern“ der Ausländerarbeitslosigkeit bilden. sp

Bundesbank

Auf schmalem Grat

Die Inflationsrate betrug im Juni, gemessen an den Verbraucherpreisen im Vergleich zum Vorjahresmonat, 2,4 % und erreichte damit ihren niedrigsten Stand seit Oktober 1978. Auch wenn sie durch einen Basiseffekt aufgrund der Tabaksteuererhöhung im Juni letzten Jahres unterzeichnet wird, scheint der Kampf gegen die Inflation erfolgreich gewesen zu sein. Aber wird der Erfolg Bestand haben?

Bisher wurde die Preisniveaustabilität durch kurzfristige Einflußfaktoren wie gesunkene Ölpreise und die

Konjunkturlage begünstigt. Im nächsten halben Jahr dürfte sich dagegen die Mehrwertsteueranhebung preissteigernd auswirken. Langfristig entscheidend bleibt allerdings die Geldmengenpolitik, da eine starke, dauerhafte Geldmengenausweitung die Inflation mit Sicherheit, wenn auch mit erheblicher Verzögerung, ansteigen läßt. Geäußerte Befürchtungen eines erneuten Inflationsanstiegs beruhen denn auch auf der starken Ausweitung der Zentralbankgeldmenge, die in den letzten Monaten den angestrebten Zielkorridor von 4 bis 7 % erheblich überstieg.

Die Bundesbank betont, daß es sich hierbei nur um ein vorübergehendes Phänomen handele. Sie führt die Ausweitung zudem insbesondere auf Sonderfaktoren, wie den Anstieg der Bargeldhaltung, Aufwertungsspekulationen und die Bundesbank-Gewinnausschüttung zurück. Gefährdet wird die Preisstabilität allerdings durch jede Geldmengenausweitung, unabhängig von ihrer Ursache. Entscheidend bleibt allein die Dauer. Das Geldmengenziel wurde nunmehr aber bereits ein halbes Jahr überschritten, und die Ausweitung der Geldmenge kann nur vorsichtig zurückgeführt werden, um nicht durch einen deutlichen Zinsanstieg den noch ungefestigten Konjunkturaufschwung zu gefährden. Somit wandelt die Bundesbank zur Zeit auf schmalem Grat.

de

Welthandel

Wende zum Besseren?

Die stark vom Export abhängigen Volkswirtschaften – und dazu zählen sämtliche westeuropäischen Länder – sehen in einer Belebung der Auslandsnachfrage eine wesentliche Voraussetzung für die Überwindung der Konjunkturschwäche. Mit Aufatmen werden daher die Anzeichen begrüßt, daß die Talfahrt des Welthandels im letzten Winterhalbjahr zu Ende gegangen ist. Offensichtlich strahlt die Belebung, die sich in den USA und einer Reihe anderer Industrieländer durchgesetzt hat, auf diese Weise auf die übrige Welt aus. Gleichwohl sind erhebliche hemmende Faktoren auch weiterhin wirksam.

So werden die Erdölexportländer, die nach der rapiden Schrumpfung ihrer Ausfuhrerlöse in eine Defizitposition geraten sind, ihre im vergangenen Jahr eingeschränkten Importe nicht so bald wieder steigern können. Ähnliches gilt für die übrigen Entwicklungsländer, deren Verschuldungskrise weiterschwelt. Beide Ländergruppen werden ihre außenwirtschaftlichen Probleme nur dann einer Lösung näherbringen können, es in den Industrieländern nicht nur zu einer kurzlebigen

Expansion, sondern zu einer Überwindung der Wachstumsschwäche kommt.

Die Chancen für eine derartige Entwicklung werden indes gerade durch die Außenhandelspolitik führender Industrieländer gemindert, die bis in die jüngste Zeit versuchen, mangelnde Wettbewerbsfähigkeit durch Errichtung ständig neuer protektionistischer Barrieren wettzumachen. Offenbar gerät es immer weiter in Vergessenheit, daß eine der wichtigsten Triebkräfte für die Steigerung von Beschäftigung und Wohlstand in den fünfziger und sechziger Jahren die fortschreitende Öffnung der Märkte war, und dies ohne kleinliche Aufrechnung vermeintlicher oder auch tatsächlicher nationaler Vor- und Nachteile. Gewinnt diese Einsicht nicht an Boden, bleiben die Aussichten für eine nachhaltige Belebung von Weltkonjunktur und Welthandel trübe. gg

USA

Berechtigte Bedenken

Als um die Jahreswende in den USA die ersten Indizien für die so lange erwartete Konjunkturbelebung sichtbar wurden, nahm der Pessimismus bezüglich der künftigen Wirtschaftsentwicklung zunächst noch zu. Nun, da sich eine unerwartet kräftige Erholung abzeichnet, übertreffen sich offizielle und private Konjunkturbeobachter darin, ihre Prognosen nach oben zu revidieren. Jede neue Meldung über einen weiteren Anstieg wichtiger Konjunkturindikatoren wird euphorisch kommentiert.

Gerade einige Supply-Sider, die im letzten Jahr noch damit beschäftigt waren, Begründungen zu suchen, warum der von ihnen vorhergesagte Aufschwung gar nicht eintreten konnte (Verwässerung des ursprünglichen Programms, Steueranhebungen usw.), sehen nun natürlich ihr wirtschaftspolitisches Konzept als bestätigt an. Dabei verläuft die Konjunkturbelebung kaum nach angebotstheoretischen Vorstellungen. Sie wird, abgesehen vom Wohnungsbau und vorübergehenden lagerzyklischen Impulsen, vor allem wieder vom privaten Konsum getragen. Einer deutlichen Steigerung der gewerblichen Investitionen steht nach wie vor besonders der hohe Realzins entgegen.

Sicherlich wird die Erholung in diesem Jahr insgesamt erheblich kräftiger sein, als noch vor wenigen Monaten zu erwarten war. Es ist jedoch sehr optimistisch, nunmehr anzunehmen, daß die gegenwärtige konjunkturelle Aufwärtsbewegung bereits eine Phase nachhaltigen Wachstums einleitet. Vor allem wird vielfach übersehen, daß die wirtschaftspolitischen Rahmenbedin-

gungen dafür noch keine Gewähr bieten. Die Aussicht auf anhaltend hohe Staatsdefizite läßt befürchten, daß die wieder zunehmende private Kapitalnachfrage verdrängt wird, und dies schafft wiederum Unsicherheit über den künftigen Kurs der Geldpolitik. Es gibt also Gründe genug, Bedenken hinsichtlich der Nachhaltigkeit des gegenwärtigen Aufschwungs nicht als übertrieben abzuqualifizieren. ku

VR China

Problematische Planübererfüllung

Auf dem kürzlich in Peking durchgeführten 6. Nationalen Volkskongreß wurden die Fortführung des eingeschlagenen Reformkurses bekräftigt und die Entwicklungsziele für den seit 1981 laufenden Fünfjahrplan bekanntgegeben. Bis Mitte der 80er Jahre sind im Vergleich zu früheren Planperioden nur bescheidene Wachstumsraten vorgesehen; in erster Linie sollen entwicklungshemmende Engpässe vor allem im Transportwesen und Energiebereich beseitigt und die Wirtschaft zugunsten der Landwirtschaft und Leichtindustrie umstrukturiert werden. Die Investitionen in die Schwerindustrie, die rd. 30 Jahre lang im Vordergrund der Entwicklungsanstrengungen gestanden hatte, sollen dagegen reduziert werden.

Mit der seit Reformbeginn durchgeführten neuen Landwirtschaftspolitik konnte man bisher deutliche Erfolge verzeichnen. Transportwesen und Energiebasen werden gemäß den langfristigen Entwicklungsvorstellungen ausgebaut. Die Verlagerung der Entwicklungsprioritäten zur Aufhebung der Ungleichgewichte innerhalb der Industrie macht aber offensichtlich Schwierigkeiten. Die Wachstumsrate der Schwerindustrie lag im vergangenen Jahr mit 10 % weit über der Planziffer (1 %) und wesentlich über der Zuwachsrate der leichtindustriellen Produktion (6 %).

Angesichts der neuen Prioritäten wird man nicht umhin können, bei der Produktion etwa von Vorleistungen der Schwerindustrie auch in der Planübererfüllung eine schlechte Planerfüllung zu sehen – dann nämlich, wenn durch Überproduktion Güter erzeugt werden, die von den nachgeschalteten Verarbeitungsindustrien nicht absorbiert werden können. Auf diese Weise werden ohnehin knappe Ressourcen gebunden und sind nicht für die genannten Engpaßsektoren oder die Entwicklung der Leichtindustrie verfügbar. Ungleichgewichte zwischen den Sektoren bleiben bestehen oder werden sogar noch verstärkt, und gesamtwirtschaftliche Wachstumseffekte bleiben aus. kwi